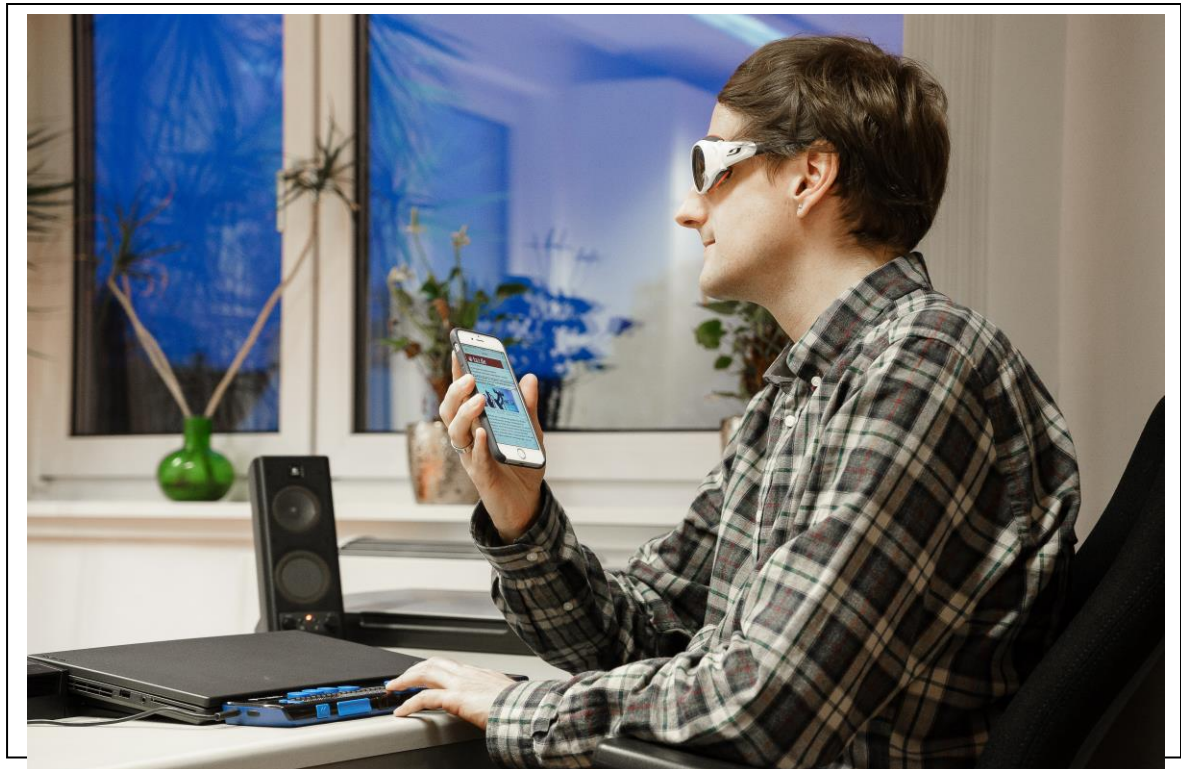


3. Bericht des Inklusionsbüros der Stadt Wuppertal



Quelle: Gesellschaftsbilder.de
Barrierefreier Internetzugang für Menschen mit Sehbehinderung

Dieser Bericht behandelt den Zeitraum Oktober bis Dezember 2016.

An der Besetzung und den Ressourcen sowie dem Standort des Inklusionsbüros hat sich im Berichtszeitraum nichts verändert.

Der Bericht gliedert sich in die Themenfelder: Information & Beratung, Politische Partizipation, barrierefreie Kommunikation & Öffentlichkeitsarbeit, Arbeit, „Ein Wuppertal für Alle“ und greift im Rahmen des Handlungsprogramms das Thema Bewusstseinsbildung auf.

Unter den übergeordneten Themen finden sich die eingeleiteten Maßnahmen, Projekte und ihre Planungen sowie einzelne Gesprächsergebnisse.

1. Information und Beratung

Beratung der Fachgruppe Psychiatrie zur Erstellung eines Positionspapiers Inklusion

Die Arbeitsgemeinschaft für psychosoziale Angelegenheiten bildet das Dach der Fachgruppen Psychiatrie, Sucht, Behinderung, Wohnungslosigkeit und Beratung in Lebensfragen. Ihre Aufgabe ist es, alle wesentlichen Entscheidungen auf dem Gebiet der psychosozialen Versorgung (Bereiche Sozialpsychiatrie, Sucht/Drogen, Obdachlosigkeit, Behinderung und Beratung in Lebensfragen) vorab zu beraten und Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Versorgungssystems auszusprechen.

Sie ist deshalb mit Vertreterinnen und Vertretern aus der psychosozialen Versorgung, Vertretern*innen der Wohlfahrtsverbände, Vertreter*innen der Krankenkassen und Vertreter*innen der Verwaltung besetzt.

Die Arbeitsgemeinschaft gab am 04.11.2015 den Fachgruppen den Auftrag, das Thema Inklusion zu bearbeiten und ein Positionspapier, mit dem Fokus auf die jeweilige Zielgruppe, zu erstellen.

Nach ersten Sammlungen von Fragen zu den Themen „Was behindert die gleichberechtigte Teilhabe? Was sind Barrieren für die jeweilige Zielgruppe?“ entstand bei der Fachgruppe Psychiatrie der Wunsch eine Beratung durch das Inklusionsbüro wahrzunehmen, welche am 06.10 stattfand.

Der formulierte Beratungsbedarf:

- Bestimmung und Klärung des Inklusionsbegriffes
- Diskussion über den Widerspruch zwischen dem Schon- und Schutzraumbedürfnis der erkrankten Menschen und der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft

Der Inklusionsbegriff:

Inklusion meint die Veränderung bestehender Strukturen und Auffassungen dahingehend, dass die Unterschiedlichkeit der einzelnen Menschen zur Normalität wird (Aufhebung der Besonderheit). Slogan: Es ist normal, verschieden zu sein!

Inklusion ist ein Ansatz (Leitidee), der von einer Lebenswelt ausgeht, in der alle Menschen - mit und ohne Behinderung - willkommen sind. Diese Lebenswelt ist dabei so ausgestattet, dass sich jeder darin, egal ob mit oder ohne Unterstützung, zurechtfindet, kommunizieren und interagieren, kurz gesagt, sich Wohlfühlen kann.

Es geht also auch um die bedarfsgerechte Ausstattung des Hilfesystems aber nicht ausschließlich darum. Im Wesentlichen geht es bei der Umsetzung von Menschenrechten um Haltungsfragen.

Das Miteinander der verschiedenen Menschen in **einer Gemeinschaft** muss in Folge der Zunahme von Verschiedenartigkeit (Einwanderungsgesellschaft, Demografischer Wandel und der damit verbundenen Zunahme von erworbenen Behinderungen) immer wieder neu ausgehandelt werden.

Dies tangiert auch die Frage nach einem ausgewogenen Maß an Schon- und Schutzräumen für die Menschen, die diesen Bedarf für sich haben.

Die Fachgruppe erhielt die Anregung, diese Fragestellung insbesondere mit den Expert*innen in eigener Sache zu diskutieren.

Diskussion über Inklusion in der Arbeitsgemeinschaft für Psychosoziale Angelegenheiten und Behinderung

Die Arbeitsgemeinschaft hat in ihrer Sitzung am 23.11.16 die Diskussion anhand der vorliegenden Positionspapiere aller Fachgruppen aufgegriffen.

Auszug aus dem Protokoll der Sitzung:

Es wurde folgendes vereinbart:

- weitere Zusammenarbeit mit Frau Heinen in den Fachgruppen; Empfehlung an die restlichen Fachgruppen, das Angebot der Beratung durch das Inklusionsbüro zu nutzen.
- Die Fachgruppen beschäftigen sich weiterhin mit der Inklusion unter besonderer Berücksichtigung **der Partizipation**.

Ziele der Arbeit:

Tieferes Verständnis des Inklusionsbegriffs ermöglichen
Förderung eines inklusiven Denkens

Maßnahmen:

Fachübergreifender Austausch zum Thema
Einsatz von Methoden der Gruppenarbeit, um Diskussionsprozesse anzustoßen und um die Existenz von Diskriminierung sichtbar zu machen
Beispielhaft: **Die Wunderpille** – Praxismethode zum bewusstmachen eigener, unbewusster Vorurteile und unseres eigenen moralischen Kategorisierens

2. Politische Partizipation

Blitzlicht:

- Die Beratung der bergischen Beiräte zur Durchführung der Veranstaltung wurde weiter fortgesetzt.

Ziele der Arbeit:

Politische Partizipation stärken

Maßnahmen:

Beratung der Beiräte hinsichtlich des Veranstaltungsmanagements und der Organisation, Vorbereitung der Planungstreffen und Erstellung des Protokolls, Entwicklung einer to-do Liste, Kontaktaufnahme zu einem professionellen Anbieter des Veranstaltungsmanagements

3. Barrierefreie Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Die Bergische Universität Wuppertal (BUW) unterhält die „Beratungsstelle zur Inklusion bei Behinderung und chronischer Erkrankung“ für Studierende aller Fachrichtungen.

Die angehenden Mediendesigner*innen, Studierende der BUW, beschäftigten sich mit der Fragestellung, wie es gelingen kann die Arbeit der Beratungsstelle an der Bergischen Universität bekannter zu machen. Hierfür sollte eine öffentlichkeitswirksame Kampagne konzipiert werden. Über Infoblätter, Flyer zur Beratungsstelle und Postkarten könnten Studierende der BUW dann besser auf die vorhandenen Unterstützungsangebote aufmerksam gemacht werden.

Die Präsentation der Entwürfe fand in einem gemeinsamen Termin mit dem Inklusionsbüro statt.

Die Studierenden legten dabei 3 interessante Ansätze für eine Kampagne vor. Das Inklusionsbüro konnte diesen Prozess mit einer Beratung zur Barrierefreiheit von Printmedien unterstützen.

Ziele der Arbeit:

Bewusstseinsbildung bei den Studenten*innen, Kenntnisse über barrierefreie Printmedien vermitteln

Zugänglichkeit zu Informationen gewährleisten,

Erhöhung des Bekanntheitsgrades

Die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Nachteilsausgleichen und die Existenz von speziellen Lernorten publik zu machen, und damit den Zugang zur Bildung erleichtern

Maßnahmen:

Beratung der angehenden Mediendesigner*innen zum Inhalt und Ausgestaltung des Flyers

Verbreitung der Information über den Verteiler des Inklusionsbüros

4.Arbeit

Am 03.11.2016 trafen sich Vertreter des Netzwerks Anschub mit der Personalverwaltung der Stadt Wuppertal, hier dem Leiter der Ausbildungsabteilung, um für Schülerinnen und Schüler (SuS) der Förderschulen und deren Beschäftigung und Ausbildung bei der Stadtverwaltung zu werben.

Das Gespräch fand im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters (vertreten durch Hr. Telian) unter Beteiligung der Inklusionsbeauftragten statt.

Ergebnis des Gespräches am Tisch von Hr. Telian:

- Gemeinsame Betriebserkundungen von Schülerinnen und Schülern der Förderschulen mit den Auszubildenden der Stadt Wuppertal
- Praktika – auch im Büro OB und im Sozialamt
- Ausbildung bei der Stadt Wuppertal, aber in Kooperation mit einem Bildungsträger der die Expertise bereits mitbringt, die wir noch erwerben müssen/wollen
- Als letzten Schritt übernimmt die Stadt Wuppertal die Funktion des Ausbilders eigenständig (langfristiges Ziel)

Ziele der Arbeit:

Die Stadtverwaltung ist bereits Arbeitgeber für Menschen mit Behinderung, allerdings ist der größte Anteil bereits vor Eintritt der Beeinträchtigung bei der Verwaltung beschäftigt. Die Stadt Wuppertal ist verpflichtet, die Vorgaben der UN Behindertenrechtskonvention anzuerkennen und dafür zu sorgen, dass die darin enthaltenen Ziele (Wahrung der Menschenrechte für Menschen mit Behinderung) Eingang in das Verwaltungshandeln finden. Hierbei geht es um den gleichberechtigten Zugang zur Arbeit, Verbot der Diskriminierung und die Umsetzung von angemessenen Vorkehrungen am Arbeitsplatz sowie die Umsetzung des Rechtes den eigenen Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen und zu sichern. Ebenso gehört es dazu Arbeitserfahrungen auf dem 1. Arbeitsmarkt sammeln zu können. Deshalb soll es zusätzlich zu den bestehenden Ausbildungsberufen zukünftig das Angebot von angepassten Ausbildungen für Menschen mit Assistenzbedarf geben.

Maßnahmen:

Bislang sind verschiedene Akteure im Gespräch miteinander. Im Sinne einer gemeinsamen Strategie zur Umsetzung des Vorhabens wird das Inklusionsbüro an einen gemeinsamen Tisch einladen.

5. Ein Wuppertal für Alle – Handlungsprogramm zur Wuppertaler Inklusionspolitik

Die Fortschreibung des Handlungsprogramms wurde gemeinsam mit den Geschäftsbereichen der Stadtverwaltung erstellt und, beginnend mit der Sitzung des Beirates der Menschen mit Behinderung am 27.09.16, den Gremien und Ausschüssen der Stadt Wuppertal vorgestellt. Zuletzt wurde die Vorlage am 14.11.16 im Rat der Stadt Wuppertal beraten.

Das Ergebnis der Beratungen:

- Die Anregungen der Fachausschüsse sollen in die weitere Fortschreibung des Handlungsprogramms mit aufgenommen werden.
- Die nächste Fortschreibung des Handlungsprogramms soll zusätzlich in die Bezirksvertretungen eingebracht und dort beraten werden.

Ziele der Arbeit:

Die Kommune – als Ort der Vielfalt und sozialen Heterogenität - gestaltet das Zusammenleben aktiv und trägt dazu bei, dass die Verschiedenartigkeit der Menschen Anerkennung findet.

Maßnahmen:

Fortschreibung des Handlungsprogramms „Ein Wuppertal für Alle“
Beratung der Geschäftsbereiche hinsichtlich wirksamer Maßnahmen

Arbeitsgruppe Bewusstseinsbildung

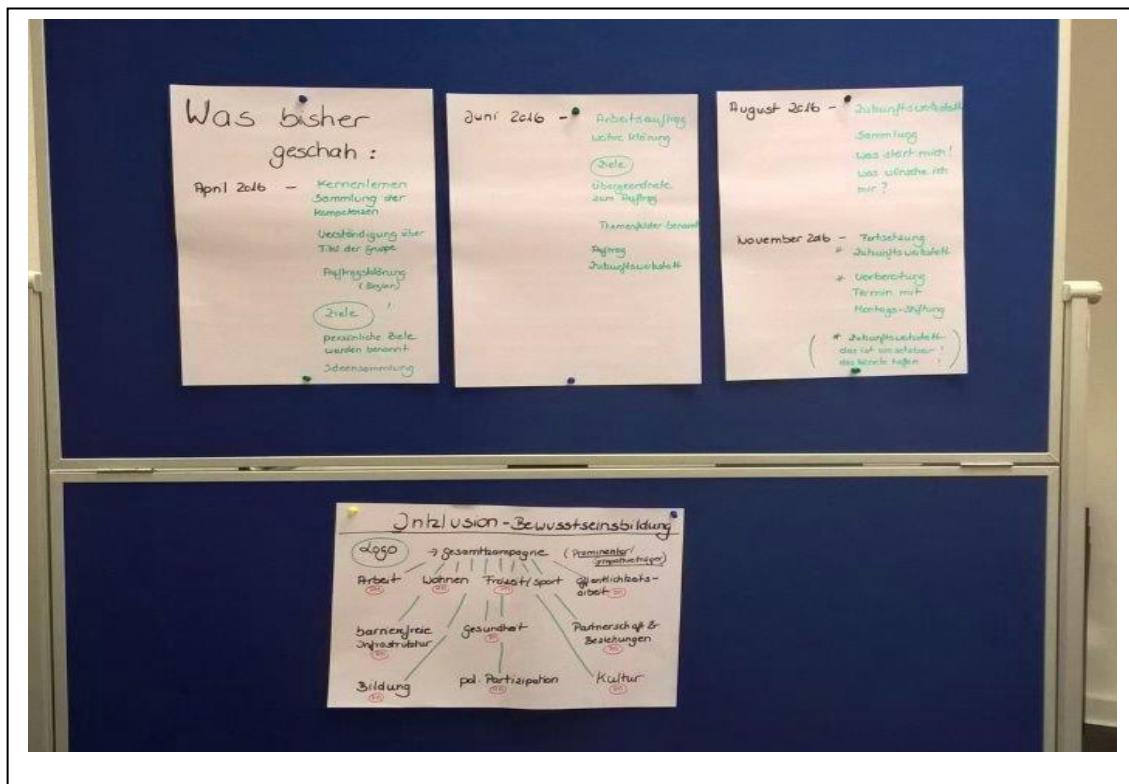
Nach Artikel 8 der UN Behindertenrechtskonvention hat die Kommune die Aufgabe Klischees, Vorurteilen und schädlichen Praktiken gegenüber Menschen mit Behinderung mit geeigneten Maßnahmen entgegenzutreten. Die Einleitung wirksamer Kampagnen zur Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit ist eine weitere Aufgabe.

Seit April des letzten Jahres trifft sich die Arbeitsgruppe Bewusstseinsbildung unter der Federführung der Inklusionsbeauftragten.

Die Arbeitsgruppe ist sowohl mit Vertretern*innen der Politik, der Verwaltung, der Färberei, der Förderschule für geistige Entwicklung, des Beirates der Menschen mit Behinderung, als auch mit weiteren Ehrenamtler*innen besetzt.

Bis zum Ende des Jahres hat die Arbeitsgruppe folgende Schritte absolviert:

- Kennenlernen und Sammlung der Kompetenzen der Gruppenmitglieder
- Klärung des Auftrages
- Benennung der persönlichen Ziele der Gruppenmitglieder
- Ermittlung von 10 Themenfeldern die von der Kampagne zur Bewusstseinsbildung erfasst werden
- Über die Methode der Zukunftswerkstatt Veränderungsbedarfe festhalten



Zukunftswerkstatt

Themenfeld Politische Partizipation

Was mich stört!

- Viele Informationen sind nicht zugänglich
- Es werden keine Gebärdendolmetscher eingesetzt
- Die Informationen sind nicht aufzufinden
- Informationen sind kontrastarm und zu klein
- Es sind zu wenige Menschen mit Behinderung in der Parteiarbeit tätig
- Die, die das sind, setzen sich zu wenig für die Interessen von Menschen mit Behinderung ein

Zukunftswerkstatt

Themenfeld Politische Partizipation

Das wünsche ich mir!

- Informationen sind zugänglich
- Es werden Gebärdendolmetscher eingesetzt
- Informationen sind besser aufzufinden
- Informationen sind kontrastreich und ausreichend groß
- Es sind mehr Menschen mit Behinderung in der Parteiarbeit tätig
- Die die schon länger darin mitarbeiten und die selber eine Beeinträchtigung haben, setzen sich mehr als bisher für die Interessen der Menschen mit Behinderung ein

Zur Unterstützung der Konzeptentwicklung konnten 2 erfahrene Prozessbegleiter*innen über die Montags-Stiftung gewonnen und über diese finanziert werden. Der Beratungsprozess wird voraussichtlich im Februar 2017 abgeschlossen sein. Die Arbeitsgruppe wird anschließend die Impulse der Begleiter*in aufnehmen und Aktionen durchführen.

Ziele der Arbeit:

Das Bewusstsein für die Fähigkeiten und den gesellschaftlichen Beitrag von Menschen mit Behinderung zu fördern.

Die Verschiedenartigkeit der Menschen findet Anerkennung und Wertschätzung.

Den vorhandenen Tendenzen von Ausgrenzung, Segregation und Diskriminierung wirkt sie mit entsprechenden Maßnahmen entschlossen entgegen.

Maßnahmen:

Erstellung eines Konzeptes zur Öffentlichkeitsarbeit

Nutzung einer gemeinsamen Informationsplattform (Owncloud)

Entwicklung eines Logos für die Kampagne zur Öffentlichkeitsarbeit

Erstellung von Plakaten und Videos

Impressum

Sozialamt

Inklusionsbüro/ Inklusionsbeauftragte

Fr. Sandra Heinen

Neumarkt 10

42103 Wuppertal

Tel: 0202 – 5632451

E-Mail: sandra.heinen@stadt.wuppertal.de

Bild Titelseite - Copyright: Michel Arriens | www.michelarriens.de